

“ D’GEMENGEWO ”

BÄERTREFF

No 1 / 2003

Informationsblatt vun der Gemengerôtssätzung vum 6. Februar 2003

Erschéngt no jidder Gemengerôtssätzung



ERAUSGINN VUN DE GEMENGERÔTSMEMBEREN

ADEHM Guy REISDORF Ed. REUTER Carlo WALERIUS Ern

Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 2003

Anwesend: Georges Konsbruck, Bürgermeister

Yvonne Scholtes – Bausch; Léon Conrad, Schöffen

Guy Adehm; Pierre Daleiden; Ed. Reisdorf; Carlo Reuter; Carlo Steimetz;
Ern Walerius, Gemeinderäte

Oé Claude, Gemeindesekretär

Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung um 20.00 Uhr im Beisein von 12 Zuhörern.

1. Nomination définitive du secrétaire communal.

Einstimmig erhielt Herr Oé Claude aus Berdorf in geheimer Abstimmung die definitive Ernennung zum Gemeindesekretär.

Rückwirkend wollen wir nochmals kurz darauf eingehen, dass Herr Oé am 19. September 2000 unter fünf Kandidaten einstimmig vom Gemeinderat als Privatbeamter im Gemeindesekretariat eingestellt wurde. Nach bestandenem Anstellungsexamen erhielt er am 11. April 2001 einstimmig von den Gemeinderäten seine provisorische Ernennung zum Gemeindesekretär. Von November 2001 bis Februar 2002 nahm Herr Oé an den Kursen zur theoretischen Ausbildung für Gemeindesekretäre teil. Das Abschlussexamen dieser Kurse hat er mit vorzüglichen Noten bestanden.

Opposition und Majorität beglückwünschten Herr Oé zu diesem Anlass und würdigten seine bisher geleistete mustergültige Sekretariatsarbeit.

2. Approbation d'un devis concernant l'entretien des chemins ruraux.

Der Weg „ob Kiesecker“ in Berdorf wird auf einer Länge von 520 m von Haus Lambinet bis Abzweigung „Rudden Hiwel“ instand gesetzt.

Ein von der Opposition eingebrachter Vorschlag, auf dem Teilstück Haus Lambinet bis Haus Meyers eine Seitenbefestigung des Weges zwecks Verbesserung der Stabilität vorzusehen, wurde von der Majorität abgewiesen.

Der von der Administration des Services Techniques de l'Agriculture, Division du Génie Rural, Circonscription Grevenmacher erstellte Kostenvoranschlag beläuft sich auf 39.100.- € . Staatlicherseits wird sich mit 30 % an den Unkosten beteiligt.

Die Erneuerung des Weges wurde einstimmig angenommen.



3. Accord d'un congé pour travail à mi-temps.

Am 14. Januar 2003 stellte die Lehrerin Florence Ludwig einen Antrag an den Schöffenrat zwecks Gewährung einer Halbtagsarbeit in der Primärschule, und dies im Anschluss an den am 17. August 2003 ablaufenden „congé parental“.

Die gemäss Gesetzestext vorgesehene und von der Lehrerin erfragte maximale fünfzehnjährige Laufzeit des Halbzeitpostens wurde einstimmig von den Räten angenommen.

Die Möglichkeit zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung vor Ablauf der fünfzehn Jahre bleibt zudem gegeben.

4. Avis concernant la création d'une nouvelle concession de pharmacie.

Das Gesundheitsministerium beschloss die Schaffung einer zusätzlichen Apothekenkonzession auf dem Territorium des Kantons Echternach.

Der Niederlassungsort für die neue Apotheke ist noch nicht bestimmt. Fest steht, dass die Stadt Echternach aufgrund von bereits vorhandenen Apotheken als Standort nicht in Frage kommt.

Der Gemeinderat gab diesem für unsere Gegend begrüssenswerten Vorhaben einstimmig seine Zusage.

5. Approbation d'un crédit supplémentaire pour un article du budget ordinaire.

Der im ordentlichen Haushalt 2003 vorgesehene Ausgabenposten für „frais d'experts et frais d'études“ wurde auf Vorschlag des Schöffenrates mit 8 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme (Rat Walerius) von 6.000.- € auf 16.000.- € erhöht. Ausschlaggebend für diesen Supplementarkredit waren die für die Gemeinde anfallenden Anwaltskosten im Streitfall mit Frau Feitler in Sachen Lotissement „um Millewee“.

Zu erwähnen bleibt, dass sich die Gesamtkosten der Anwaltskanzlei Roger Nothar (Vertreter der Gemeinde Berdorf vor Gericht) in diesem seit 1999 laufendem Streitfall auf 25.250.- € ohne T.V.A. belaufen. Nach Abzug der Vorauszahlungen verbleiben für das Jahr 2003 noch 11.186,83 € zu zahlen.

6. Approbation du compte administratif et du compte de gestion de l'année 2001 de la commune.

Einstimmig wurden die Abschlusskonten für das Jahr 2001, welche ein Boni von 1.725.493,77 € aufweisen, von den Räten gutgeheissen. (siehe nachstehende Tabelle)

Compte administratif 2001 – Tableau récapitulatif

Boni du compte de 2000	1.962.574,94 €
Recettes ordinaires	2.775.587,53 €
Recettes extraordinaires	106.793,94 €
Total des recettes	4.844.956,41 €
Mali du compte de 2000	0,00 €
Dépenses ordinaires	1.771.781,98 €
Dépenses extraordinaires	1.347.680,66 €
Total des dépenses	3.119.462,64 €
BONI 2001	1.725.493,77 €



7. Décision de principe concernant des études et travaux pour faire face aux crues de la Sûre dans la localité de Bollendorf-Pont.

Nach der Hochwasserkatastrophe vom 2. und 3. Januar 2003 war u.a. in bezug auf die bisher von den Gemeinden realisierten Hochwasserschutzmassnahmen der folgende Kommentar von Minister Wolter in der Tagespresse zu lesen: „Il y a des communes qui sont plus actives que d'autres!“

Nach Bestandsaufnahme bleibt den Verantwortlichen der Gemeinde Berdorf in Zusammenhang mit dieser von Herrn Wolter gemachten Aussage nur die traurige Erkenntnis, sich bislang in Punkto Realisierung von Hochwasserschutzmassnahmen in die Kategorie der inaktiven Gemeinden einreihen zu müssen.

Fast zehn Jahre nach den fatalen Hochwasserkatastrophen von 1993 und 1995, muss man bedauerlicherweise feststellen, dass der Schöffenrat, zum Leidwesen der betroffenen Bürger, es bisher versäumt hat eine konkrete Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Die in der Sitzung anwesenden Bollendorfer Bürger, wie aber auch die Oppositionsräte, zeigten sich enttäuscht über die bisherige lasche Vorgehensweise des Schöffenrates.

Ein unzufriedener und von der Hochwasserkatastrophe selbst betroffener Rat Carlo Steimetz gab seinen Majoritätskollegen unmissverständlich zu verstehen, dass er nicht mehr gewillt sei der Realisierung von grösseren Projekten (wie z. Bsp. das Interkommunale Schwimmbad,... u.s.w.) in der Ortschaft Berdorf seine Zustimmung zu geben, falls der Schöffenrat nicht umgehend wirksame Hochwasserschutzmassnahmen in Bollendorf-Pont in Angriff nehme.

Wen wundert's eigentlich noch, dass es dieser erneuten schlimmen Hochwasserkatastrophe, sowie der daraufhin bei der betroffenen Bevölkerung entstandenen mehr als gerechtfertigten Unzufriedenheit bedurfte, um den Schöffenrat aus seiner Lethargie zu erwachen. Fest steht, dass gelegentlich der rezenten Haushaltsdebatte vom 18. Dezember 2002, und dies auf Nachfrage der Opposition hin, noch absolut kein Wille beim Führungstrio der Gemeinde vorhanden war, um in absehbarer Zeit zusätzliche Massnahmen (Phase II) zu planen. (siehe Gemengewo 9/2002)

Zumindest einen kleinen Hoffnungsschimmer für die Bürger hinterlässt die vom Bürgermeister gemachte Aussage, dass die Arbeiten des am 11. April 2001 votierten und schon seit zwei Jahren schleppenden Hochwasserschutzprojektes „Flussbettverbreiterung“ (Phase I) nun definitiv im Monat Mai dieses Jahres beginnen werden.

Desweiteren wurde vor kurzem in einem von der Gemeinde an Minister Wolter adressierten Schreiben auf die prekäre Lage in Bollendorf-Pont hingewiesen, und die Realisierung von zusätzlichen, in den Kompetenzbereich des Innenministeriums fallenden Massnahmen, erfragt. (z. Bsp. Ausbaggern der Sauer,... u.s.w.)

Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass die Räte zum Abschluss grundlegend festhielten, kurzfristige Planungen für weitere Hochwasserschutzmassnahmen (Phase II) in Auftrag zu geben.



8. Avis sur une déclaration d'option. (en séance secrète)

Positiv stimmten die Räte in geheimer Abstimmung dem Naturalisierungsgesuch einer Einwohnerin aus Berdorf zu.

Divers

- ↓ Gelegentlich des Sterbefalls Félicie Bausch überwies die Gemeinde einen Geldbetrag an die Stiftung „Médecins Sans Frontières“. Ein diesbezügliches Dankeschreiben wurde der Gemeinde zugestellt.
- ↓ Hingewiesen wurde auf ein Dankeschreiben der Harmonie Berdorf bezüglich des von der Gemeinde veranstalteten Empfanges anlässlich des Weihnachtskonzertes vom 21. Dezember 2002.
- ↓ Rat Walerius ging auf eine am 4. Dezember an den Gemeinderat gestellte schriftliche Anfrage des Syndicat d'Initiative et de Tourisme ein, und dies in bezug auf die Gewährung eines ausserordentlichen Subsidies für die Realisierung eines „parc arbustier am Nopeschpäsch an der Laach“.

Der Rat beschwerte sich,

- dass die Gemeinderäte keine Information über besagten Antrag erhielten.
- dass der Schöffenrat einen ablehnenden Bescheid an das S.I.T. erteilte, ohne vorher eine diesbezügliche Debatte im Gemeinderat geführt zu haben.

Einer daraufhin gemachten Aussage von Bürgermeister Konsbruck war zu entnehmen, dass man hinsichtlich der Gewährung eines Subsidies vorerst die Klärung verschiedener Detailfragen abwarten würde. Zu gegebenem Zeitpunkt würde man sich an der Finanzierung des Projektes beteiligen. Eine konkrete Stellungnahme in bezug auf die eigentlichen Beschwerden des Rates war Herrn Konsbruck allerdings nicht zu entlocken.

xxxxxxxx

Die Sitzung wurde gegen 21.45 Uhr vom Bürgermeister beendet.

Allgemeine Informationen

- ↓ Die massiven Regenfälle Anfang dieses Jahres führten zu Problemen im unteren Teil der Grundhoferstrasse in Berdorf. Hinter den neu erbauten Einfamilienhäusern („An der Sank“) bildete sich ein Wasserlauf, welcher Schäden an verschiedenen Gebäulichkeiten verursachte. Die lokale Feuerwehr leistete den betroffenen Bürgern Hilfestellung.
- ↓ Am Freitag den 7. März 2003 findet das traditionelle Jahresabschlussessen der Gemeinde im Hotel Brimer in Grundhof statt.



GSM – Antennen im Berdorfer Kirchturm weiterhin in Betrieb!

Mehr als 14 Monate nach dem definitiven Richterspruch müssen wir nochmals auf die bisherige skandalöse Abwicklung der Angelegenheit eingehen. Bekanntlicherweise wurde gemäss Urteil des Verwaltungsgerichtes von 20. Dezember 2001 (!!) der Postverwaltung in zweiter Instanz die Ermächtigung für die Betreibung von GSM – Antennen im Berdorfer Kirchturm entzogen.

Arbeitsminister Biltgen blieb daraufhin keine andere Wahl, als in einem am 22. Februar 2002 verfassten ministeriellen Beschluss der Postverwaltung zu verordnen, die Antennen umgehend auszuschalten und bis zum 22. März 2002 (!!) auszubauen.

Die Art und Weise mit der die Luxemburger Post sich aber nach wie vor hemmungslos über bindende Gerichtsurteile und ministerielle Anordnungen hinwegsetzt, stimmt besorgniserregend und wirft so manche Frage in bezug auf die Grundprinzipien unseres Rechtsstaates auf.

Hervorzuheben bleibt, dass der Richterspruch vom 20. Dezember 2001 in der Angelegenheit „GSM – Antennen im Berdorfer Kirchturm“ Jurisprudenzcharakter aufweist, und landesweit einen Flächenbrand ausgelöst hat.

Parallel wird die Kritik vieler Bürger an der Errichtung von Mobilfunk-Antennen in Wohngebieten, aufgrund von rezenten internationalen medizinischen Erkenntnissen, immer heftiger. Das Bistum Trier hat z. Bsp. in seinem Zuständigkeitsbereich ein striktes Verbot für die Errichtung von GSM-Antennen in den Kirchtürmen erlassen.

Nach unserem letzten Wissensstand ist die Luxemburger Regierung mit der Erstellung von Gesetzestexten befasst, welche dahin zielen, landesweit sogenannte „plans sectoriels“ mit genau definierten Standortzonen für Mobilfunkantennen festzulegen.

Im Anhang lassen wir Ihnen einen kürzlich in der Luxemburger Tagespresse veröffentlichten Bericht betreffend Mobilfunk-Antennen zukommen. Der Berichterstatter hat die Problematik des Mobilfunks im allgemeinen und die Situation in Berdorf im speziellen aufgegriffen.

Aus dem publizierten Bericht geht hervor, dass die Postverwaltung nochmals Berufung gegen das Urteil eingelegt haben soll. Um Missverständnisse zu vermeiden sei allerdings klargestellt, dass das Berufungsurteil vom 20. Dezember 2001 unantastbar ist und keine weitere Berufung zulässt. Vielmehr wollte der Berichterstatter in seinem Artikel darauf hinweisen, dass die Post momentan im Begriff ist ein fadenscheiniges Gnadengesuch („recours en réformation“) gegen den ministeriellen Genehmigungsentzug von Minister Biltgen beim Verwaltungsgericht einzureichen. Anstelle das Gerichtsurteil zu respektieren, hat es den Anschein, als würde die sich in der Illegalität befindliche Post weiterhin mit gezielten Ausweichmanövern versuchen die Angelegenheit hinauszuzögern.

Sei's drum! Zu hoffen bleibt, dass die von uns eingeschaltete Staatsanwaltschaft, und dies im Interesse der betroffenen Berdorfer Bürger, die Vollstreckung des Urteils baldmöglichst durchsetzt.



Mobilfunk-Antennen stoßen auf immer heftigere Kritik

Christian Kintziger

Noch vor einigen Jahren galt das Mobilfunkgeschäft als eines der lukrativsten der Zukunft. Doch die Rechnung wurde, wie so oft, ohne den Wirt gemacht. Der Widerstand gegen den Bau der gesundheitsgefährdenden Mobilfunk-Antennen sowie das nur geringe Interesse der Kunden an den neuen UMTS-Geräten haben die goldene Suppe stark versalzt.

Inzwischen gilt als wissenschaftlich erwiesen, dass das Wohnen im unmittelbaren Umfeld von Mobilfunk-Antennen mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist. Die von diesen Antennen ausgesetzten elektromagnetischen Strahlen können unter anderem zu schweren, chronischen Erkrankungen und im schlimmsten Fall gar zu Krebs führen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang erneut an das leidige Dossier der drei „GSM“-Antennen auf dem Kirchturm von Berdorf. Vor mehr als zwei Jahren hatten Bürger aus besagtem Dorf Klage gegen die betreffende Betriebsgenehmigung dieser Antennen erhoben.

Am 12. Februar 2001 hatte das Verwaltungsgericht ihnen Recht gegeben und die Genehmigungen außer Kraft gesetzt. Die Postverwaltung sowie der Arbeitsminister legten daraufhin Berufung ein.

Der Befehl des Ministers wurde einfach ignoriert

Am 20. Dezember 2001 wurde aber das erste Urteil vom Verwaltungsgerichtshof auf der ganzen Linie bestätigt. Der Arbeitsminister François Biltgen sah sich somit gezwungen, die von ihm ausgestellten Genehmigungen zurückzuziehen. Er ordnete unverzüglich an, dass die drei Antennen in Berdorf binnen eines Monats außer Betrieb gesetzt sein müssten.

Doch wie nun aus einer parla-



Der Widerstand gegen den Bau von Sendetürmen inmitten von Wohnvierteln wächst

mentarischen Anfrage des ADR-Abgeordneten Roby Mehlen hervorgeht, ist trotz des massiven Protests vieler betroffener Berdorfer Einwohner, bis zum heutigen Tag absolut nichts geschehen. Da die Postverwaltung erneut ihre Berufung gegen das Urteil beim Verwaltungsgericht einlegte, blieben die drei Antennen auf dem Kirchturm in Betrieb. Auf das Urteil in besagter Affäre wird bis zum jetzigen Zeitpunkt noch immer ungeduldig gewartet.

Der ADR-Abgeordnete, der diesen Vorgang als „rechtsstaatlichen Skandal“ bezeichnet, verlangt diesbezüglich aufklärende Worte seitens des Telekommunikationsministers Biltgen. Dieser macht in seiner Antwort aber auf den Umstand aufmerksam, dass er in diesem Dossier keinen Kommentar abgeben könne, weil es sich um ein laufendes Verfahren handle.

Fazit der Geschichte: Die betroffenen Berdorfer Einwohner müssen einstweilen weiter unter der Bestrahlung durch die Kirchturmantennen leben oder besser gesagt „leiden“.

Das leidige Problem mit den

Sendetürmen oder -antennen könnte auch den vorgesehenen Zeitplan für die Inbetriebnahme des UMTS-Netzes hierzulande um mehrere Monate verschieben. In der Tat ist in den letzten Jahren durch die in vielen Landsgemeinden gegründeten Bürgerinitiativen der Widerstand gegen das Aufrichten solcher Antennen inmitten von Wohnvierteln deutlich angewachsen.

Nur geringes Kundeninteresse an UMTS-Geräten

Wie wir gestern bei der nationalen Postverwaltung in Erfahrung bringen konnten, würden die Pläne der drei Telekommunikationsfirmen Tango, Orange sowie der Post, noch in den nächsten Monaten neue Dienstleistungen auf dem einheimischen UMTS-Netz anzubieten unter anderem wegen Problemen bei der Baugenehmigung von Mobilfunk-Antennen, stark in Verzug gebracht. So habe Tango ihren Plan, in diesem Januar im UMTS-Bereich operativ zu sein, bereits auf einen späteren Zeitpunkt verschieben müssen.

Für noch stärkeren Missmut bei den Mobiltelefonanbietern sorgen derzeit aber die absolut deprimierenden, wirtschaftlichen Aussichten, betreffend das Interesse der Konsumenten am Erwerb eines Handys mit Zugang zum UMTS-Netz*.

Bei unseren deutschen Nachbarn, wo die Telekommunikationsgiganten vor zwei Jahren für säge und schreibe fast 40 Milliarden Euro, die vom Staat zur Versteigerung freigesetzten Lizenzen erwarben, ist heute gar die Rede von einem unsicheren Markt ohne wahres Ausbaupotential. Dem vor Jahren noch weltweit boomenden Markt der Telekommunikation scheinen demnach noch bittere Jahre bevorzustehen.

▷ Die Mobiltelefone mit Zugang zum UMTS-Netz sollen im Laufe des kommenden Sommers auf dem Luxemburger Markt angeboten werden.